

6.7. 1919

22

## Die Regierung über die Sonntagswahlen.

Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht die nachfolgende Betrachtung über die Wahlen vom Sonntag, in der man wohl die Auffassung der Regierung zu erkennen hat. Wir wollen sie deshalb wiedergeben. Das halbamtliche Blatt schreibt:

Der Ausgang der Wahlen in Stadt und Land bestätigt und bekräftigt die Politik, die durch den Hauptausgang und das neue Kabinett inaugurirt worden ist. Die Bevölkerung hat, obwohl die Wahlbeteiligung diesmal im ganzen geringer war, doch mit aller Deutlichkeit den zwei Parteien, Sozialdemokraten und Christlichsozialen, ihre Stimmen und ihre Sympathie zugewendet. Die eigentlich bourgeoisen Parteien haben noch schlechter abgeschnitten als im Februar. Die Volksmassen haben sich nicht nur zur politischen Demokratie, sondern auch zur sozialen bekant, und zwar in den

gegebenen, wenn auch entgegengesetzten Formen, der des radikalen Sozialismus und des konservativ-christlichen Sozialismus, wie er in der bäuerlichen Seele und im Kleinbürgertum vorwaltet. Der Wahlausgang bringt den endgültigen Sieg des sozialen Gedankens über den individualistischen, des Sozialismus über den Kapitalismus.

Unser Bauernschaft ist gewiß nicht sozialdemokratisch; durch die frühere Agrarpolitik sind im Gegenteil die kapitalistischen Instinkte in der Bauernschaft machgerufen und verschärft worden, aber es lebt doch im Landvölk das uralte Gemeinbewußtsein stark fort, und niemals kann und wird die Bauernschaft direkt kapitalistische und bourgeoise Politik machen. Von der städtischen Arbeiterschaft versteht sich das von selbst.

Das Wahlergebnis ist, was die Arbeiterschaft betrifft, darin gekennzeichnet, daß die kommunistische Agitation, die auf Wahlenthaltung und auf Ablehnung der parlamentarischen Aktion gerichtet war, sichtlich ohne Ergebnis geblieben ist. In Oten, wo die kommunistische Agitation am allerstärksten war, hat die Wahlbewegung kaum merklich eingebüßt. Die deutschösterreichische Arbeiterschaft hat sich gegen die kommunistischen Methoden unzweideutig entschieden. Die deutschösterreichische Arbeiterschaft hat sowohl bei diesen Wahlen als auch bei den vorangegangenen schweren sozialen Erschütterungen keinen hohen Grad politischer Reife und Charaktervoller Selbständigkeit des Urteils bewiesen. Es zeigt sich die politische Durchbildung unserer gesamten Arbeiterschaft gediegener als in den vielen anderen Ländern. Es ist offenbar die Schule Viktor Adlers, der bei aller Leidenschaft für die Idee dennoch immer auf das praktisch Erreichbare abzielte und von allen Vertrauensmännern strenge Selbstzucht forderte. Dem ist wohl zu danken, daß die deutschösterreichische Arbeiterschaft in ihrer ganzen Geschichte nie einen ersten Rückschlag erlitten hat, wie sie immer vorschnelle Eroberungen und überstürzte Entwicklungen verschmäht hat. Der Sinn für positive Arbeit, die Ablehnung aller Scheinerfolge, die Verwerfung der selbstgefälligen Demagogie und nicht zuletzt der durch die Persönlichkeit Viktor Adlers gegründete persönliche Zusammenhang zwischen allen Teilen der Partei hat ja auch die deutschösterreichische Sozialdemokratie befähigt, die schweren Krisen der Kriegszeit ohne ernsthafte Spaltung zu überdauern. Die ruhige und zuverlässige Art, die Geschäfte zu führen, die sorgfältige Bedachtnahme darauf, daß die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft selbst um den Preis vorübergehender Einbußen an geschlossenen Vereinbarungen festhielt, die Vorschauung zu solider Verwaltungsbearbeitung haben die deutschösterreichische Sozialdemokratie zur Führung der staatlichen Geschäfte befähigt, diese ohne zerstörende Erschütterung aus dem früheren Zustand in den jetzigen überzuleiten. Diese in Not und Drang bewährte Eigenschaft der deutschösterreichischen Arbeiterschaft verdient auch die volle Anerkennung des Staates und sie ist eine Bürgschaft in der Wiederrichtung unseres Staates und Volkes.

Die christlichsoziale Partei hat den in den Februarwahlen behaupteten Bestzustand festgehalten und zum Teil sogar verbessert. Sie hat sich dadurch als demokratische Volkspartei bewährt, die Festigkeit ihrer Organisation und die Zuverlässigkeit ihrer nunmehrigen Anhängerschaften stehen außer Zweifel. Diese Partei, die in den letzten Jahrzehnten der Monarchie durch die unglückseligen Abenteuer der Monarchie von ihren ursprünglichen Aufgaben weit abgelenkt worden ist, wird nicht ungerne zu ihren sozialen Anfängen zurückkehren, die durch die Namen Vogelsgang und Rudolf Meyer umschrieben sind. Sie zielen auf einen bäuerlichen und kleinbürgerlichen Sozialismus ab, der von christlichen Ideen ebenso geleitet als begrenzt ist. Diese Richtung war der Sozialpolitik von Haus aus freundlich gesinnt, und ihrer Mitwirkung ist ein Teil unseres Arbeiterschutzes zu danken. Die Anknüpfung an diese Tradition weist zugleich einen Weg in die Zukunft.

Die nunmehr auf ein Jahrfrist abgeschlossenen Wahlen schaffen feste Parteiverhältnisse und eine bestimmte politische Machtverteilung in Deutschösterreich, mit der nun dauernd gerechnet werden muß.

Die Bestätigung des Wahlergebnisses vom Februar durch die jetzigen Wahlen in Stadt und Land legen daher auch der ganzen Öffentlichkeit gewisse Pflichten auf. Die Organe der öffentlichen Verwaltung, die zum Teile großbürgerlicher Herkunft sind und durch das frühere Regime künstlich von sozialen Fragen ferngehalten wurden, erkennen nunmehr, in welcher Richtung von nun an die öffentlichen Geschäfte geführt werden sollen. Sie haben leider durch das frühere System eine falsche Ausrichtung ihres Denkens erfahren und müssen rasch und energisch umlernen. An ihrer falschen Erziehung tragen sie selbst wenig Schuld, sie müssen nun nachholen, was an ihnen versäumt worden ist. Die Universitäten und die fachlichen Hochschulen werden den sozialen Dingen einen weitaus größeren Platz einzuräumen haben. Die Beamten werden endgültig die Illären der bürokratisch-monarchistischen Zeit ablegen und sich vollständig erneuern müssen. Insbesondere aber muß die öffentliche Meinung, vor allem die großstädtische Presse, die in den letzten Monaten, wie sich zeigte, einen völlig ausrichtungslosen Kampf in falscher Front geführt hat, eine Neuorientierung vornehmen. Sie hat — gegen die Notwendigkeiten der Nation und gegen die Notwendigkeiten des Volkes — das alte Wirtschaftsregime verteidigt und insolge des Umstandes, daß entweder kapitalistische Kreise ihre Herausgeber sind oder daß das zahlungsfähigere kapitalistische Publikum sie erhält, weit mehr Raum und Geltung beanprucht, als den Wünschen und Bedürfnissen der breiten Massen der Bevölkerung entspricht. So hat das feindliche wie das befreundete Ausland ein falsches Bild von dem wirklichen Leben und Streben Deutschösterreichs erhalten. Die Wahlen sind eine abermalige und unzweideutige Berichtigung dieses falschen Bildes geworden. Der Zustand aber wäre unerträglich, daß eine der ganzen Ausmachungen nach politische Presse ohne wirklichen politischen Anhang und ohne den Hintergrund von nennenswerten politischen Parteien — mit wenigen rühmlichen Ausnahmen — die öffentliche Meinung des Landes selbst und die Meinung der Welt über das Land beharrlich anders beeinflusse, als es dem Volkswillen entspricht. Die Publizistik Deutschösterreichs wird ihre hohe Kunst der Anpassung an die Zeitideen auch dem neuen Staate gegenüber erweisen müssen.

Wie diese Presse die Ermahnung auffassen wird, wollen wir abwarten, dann aber nötigenfalls deutlicher sprechen, als es hier geschieht.